

Ressort: Politik

Union und SPD wollen Finanztransaktionssteuer auf den Weg bringen

Berlin, 30.10.2013, 15:16 Uhr

GDN - Union und SPD haben sich bei den Koalitionsgesprächen im Willy-Brandt-Haus darauf verständigt, die Einführung der Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene voranzutreiben. Darauf habe sich die Arbeitsgruppe Europa geeinigt, wie EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD), Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) und der EU-Parlamentsabgeordnete Herbert Reul (CDU), die Mitglieder der Arbeitsgruppe sind, am Mittwochnachmittag in der SPD-Parteizentrale erklärten.

Sollte es zur Bildung einer Großen Koalition kommen, werde es hinsichtlich der Finanztransaktionssteuer zu deutschen Initiativen auf den nächsten EU-Gipfeln kommen, kündigte EU-Parlamentspräsident Schulz an. Neben der Einführung der Steuer auf Finanztransaktionen hätten sich die drei Parteien darauf verständigt, dass künftig das Subsidiaritätsprinzip in Europa künftig ernster genommen werden solle. Das Prinzip sieht vor, dass die EU erst dann tätig wird, wenn eine Entscheidung auf regionaler oder nationaler Ebene nicht möglich ist oder nicht sinnvoll erscheint. Die Arbeitsgruppe Europa werde am 13. November erneut zu Gesprächen zusammenkommen und in diesen unter anderem das Thema Jugendarbeitslosigkeit besprechen.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-24292/union-und-spd-wollen-finanztransaktionssteuer-auf-den-weg-bringen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619